

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures

Abg. Dr. Hans Jürgen Fahn

Abg. Joachim Unterländer

Abg. Doris Rauscher

Abg. Kerstin Celina

Staatssekretär Johannes Hintersberger

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 17** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof.

(Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus!

Altersarmut endlich wirkungsvoll bekämpfen (Drs. 17/12341)

Ich eröffne die Aussprache und weise darauf hin, dass die Gesamtredezeit 24 Minuten beträgt. Erster Redner ist Herr Dr. Fahn.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unser Antrag heißt: Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus! – Derzeit haben wir das zunehmende Problem der Altersarmut. Experten haben bestätigt, dass vielen Menschen in Bayern ihre Rente zum Leben nicht mehr reicht. Altersarmut ist auch das Ergebnis einer niedrigen Rente. Interessant ist, dass Ministerpräsident Seehofer im Gegensatz zum Sozialministerium die gesetzliche Rente bzw. das Rentenniveau als entscheidenden Faktor beim Problem der Altersarmut ausmacht. Damit sind uns sozusagen von höchster bayerischer Stelle Argumente für unseren Antrag gegeben worden.

Im Sozialausschuss haben wir darüber am 14.07.2016 diskutiert und von den Parteien Kritik gehört. Die Vertreterin der SPD meinte – mal schauen, was sie heute sagt –, eine Forderung werde der Zukunftssicherung nicht gerecht. Die GRÜNEN sagten, die Forderung sei zu dünn. Für uns ist es aber die wichtigste Forderung, und die haben wir in unserem Antrag begründet. Auch wir wissen natürlich, dass es noch viele andere Dinge gibt. Relativ aufgeschlossen war eigentlich nur Herr Dr. Gerhard Hopp von der CSU. Er sagte, die Fragestellung der FREIEN WÄHLER sei wichtig und begrüßenswert. Er hat aber auch gesagt, er könne noch nicht zustimmen; denn Ende Juli tage das Kabinett, dann würde eine Vorlage beraten. Deshalb wurde uns geraten, unseren Antrag zurückzustellen. Das haben wir gemacht.

Jetzt, vier Monate später, bringen wir den Antrag noch einmal. In den letzten vier Monaten ist nämlich schon einiges passiert. Die Bundesregierung hat in ihrem Alterssicherungsbericht im Oktober 2016 offiziell zugegeben, dass die Altersarmut längst Realität ist und dass die Rente allein nicht mehr reicht, weshalb man private Vorsorge betreiben soll. Genau das ist aber das Problem, und deshalb haben viele Kommentatoren in den Medien die private Vorsorge als blanken Hohn bezeichnet. Es ist doch klar: Viele Geringverdiener können gar nicht vorsorgen, weil sie dafür gar kein Geld haben. Das betrifft insbesondere alleinerziehende Frauen. Gerade auch um diese Gruppe muss es uns doch gehen, meine Damen und Herren. Es wäre deshalb wichtig, zunächst einmal über die Absenkung des Rentenniveaus zu diskutieren.

Die Bundesarbeitsministerin will eine Haltelinie, eine rote Linie beim Rentenniveau aufziehen. Sie sagt aber nicht, was sie damit genau meint. Das würden wir gerne wissen: Was ist die rote Linie der Bundesarbeitsministerin? – Inzwischen wissen wir, dass bei vielen Personen die Rente noch nicht einmal für die Pflege reicht. Fazit: Die derzeitige Rentensituation und die Altersarmut gehen Hand in Hand. Es besteht ein dringender Handlungsbedarf. Wir müssen diese roten Linien dringend festlegen.

Für uns ist die wichtigste rote Linie das Verhindern des Absinkens des Rentenniveaus. Es lag einmal bei 57 % und soll bis auf 43 % zurückgehen. Im Antrag wollen wir konkret wissen, wie die anderen Parteien hierzu stehen. Wenn Sie das Wort "sofortige" stört, können wir das gerne streichen. Es geht nur darum zu wissen, wie Sie insgesamt zu diesem wichtigen Punkt stehen.

Der damalige Arbeitsminister Blüm hielt 1997 treffend fest, dass man Alt und Jung nicht gegeneinander ausspielen darf. Es darf nicht sein, dass die Rentner politisch stärker werden. Wir müssen tunlichst achtgeben; denn Reformen dürfen nicht ausschließlich zulasten einer Generation gehen. Wir, die FREIEN WÄHLER, sagen, die Lösung der Rentenproblematik ist auch ganz entscheidend für den sozialen Frieden in unserem Land. Unser Antrag "Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus!" ist auch ein Fanal an die verantwortlichen Köpfe der Landes- und Bundespolitik.

Uns ist natürlich bewusst, dass alleine die Fixierung des Rentenniveaus die Probleme nicht lösen wird. Aber für uns ist der wichtigste Punkt diese Forderung. Deswegen haben wir den Antrag so formuliert. Wir wollen von den anderen Parteien wissen, wie sie dazu stehen.

Das Ziel der FREIEN WÄHLER lautet: Jeder Mensch muss im Alter in Würde leben können. Die persönliche Lebensarbeitsleistung muss sich in der Höhe der Rente widerspiegeln. In einem Satz ausgedrückt, wollen wir: Mehr Rente durch eigene Arbeit als vom Sozialstaat. Daher unser Antrag "Sofortige Aussetzung der Absenkung des Rentenniveaus!" Packen wir es gemeinsam an.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Unterländer.

Joachim Unterländer (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Herr Dr. Fahn! An der Beurteilung Ihres Antrags im sozialpolitischen Ausschuss hat sich nicht im Geringsten etwas geändert. Er ist nach wie vor zu kurz gegriffen. Sie haben überhaupt nicht erklärt, was Sie genau wollen. Der Antrag ist auch sehr oberflächlich. Es ist nicht anständig, bei einem so dramatisch ernsthaften Thema mit einem Satz einen politischen Willen ausdrücken zu wollen. Das ist nicht die richtige Art, mit der Frage der Sicherung des Rentenniveaus und der Bekämpfung der Altersarmut umzugehen. Meine Damen und Herren, darüber müssen wir ernsthaft diskutieren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von den FREIEN WÄHLERN: Ich hoffe, dass wir das auch hier tun!)

Wir sind uns in diesem Hohen Hause mit dem Sozialministerium über die Bekämpfung der Altersarmut einig. Das wird Ihnen wahrscheinlich auch der Staatssekretär Hintersberger gleich bestätigen. Es ist eine Unterstellung, dass das Sozialministerium nicht

an der Bekämpfung der Altersarmut oder an der Stabilisierung des Rentenniveaus interessiert ist. Wir haben mehrere Aufträge zu erfüllen, und daran arbeiten die Bundesregierung und die sie tragenden Parteien.

Ich hatte letzte Woche die Gelegenheit, in diesem Zusammenhang mit der Bundesarbeitsministerin zu diskutieren. Die roten Linien, die sie genannt hat, sind die entsprechenden Zielsetzungen, nämlich auf der einen Seite eine Senkung des Rentenniveaus durch geeignete Maßnahmen zu verhindern und auf der anderen Seite die Beiträge stabil zu halten. Die Beiträge stabil zu halten, ist auch ein Ziel für die Beschäftigten und für die Betriebe. Darüber hinaus muss man sagen, dass das Rentenniveau bis zum Jahr 2021 stabil auf dem derzeitigen Niveau von rund 48 % bleiben wird und auch der Beitragssatz bei 18,7 % bleiben wird. Wir müssen daran arbeiten, dass die Rente im Hinblick auf die Bekämpfung der Altersarmut zukunftssicher gemacht wird und bleibt. Hierfür müssen wir die Risiken sehr genau betrachten.

Zum einen bestehen die Risiken für Altersarmut in der Beschäftigungsform. Minijobs und geringfügige Beschäftigungsverhältnisse begünstigen diese. Dazu gibt es Vorschläge wie die Rente nach Mindesteinkommen oder auch die Lebensleistungsrente. Dieser Vorschlag steht im Koalitionsvertrag, aber der interessiert im Moment keinen mehr.

Zum anderen bergen bestimmte Familiensituationen Risiken für ein niedriges Rentenniveau. Deswegen erheben wir als CSU-Landtagsfraktion klar die Forderung, die Gerechtigkeitslücke bei der Mütterrente zu beseitigen. Diese Botschaft möchte ich hier nochmals klar und mit Nachdruck vorbringen. Es ist notwendig, dass auch das dritte Jahr bei Geburten vor 1992 entsprechend bei der Mütterrente berücksichtigt wird. Das kann natürlich nicht aus den Beitragsmitteln geschehen, sondern aus Steuermitteln. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die CSU-Landtagsfraktion bekennt sich nachdrücklich zur vollständigen Gewährung einer gerechten Mütterrente.

(Beifall bei der CSU – Bernhard Roos (SPD): Aber nicht aus Beitragsmitteln!)

– Das habe ich ja gerade gesagt.

(Bernhard Roos (SPD): Na also! – Volkmar Halbleib (SPD): Aber bisher habt ihr die Steuerfinanzierung verweigert!)

Zum Dritten ist feststellbar, dass ein großes Defizit im Rentenniveau durch Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit entstehen kann. Diese können eine dramatische Lebenssituation hervorrufen. Das sind Fälle, mit denen man immer wieder in der Bürgersprechstunde zu tun hat. Die Menschen sind nicht nur in ihrem Leben stark durch chronische Erkrankungen eingeschränkt, sondern die Betroffenen müssen auch mit Abschlügen zurechtkommen, da ein solcher Fall oftmals bereits vor dem 65. Lebensjahr eintritt. Dafür ist es dringend notwendig, dass noch in dieser Legislaturperiode die Regelungen der Erwerbsminderungsrente entsprechend verbessert und verändert werden.

Darüber hinaus gibt es noch einen vierten Punkt, den ich als mögliches Risiko für Altersarmut ansprechen möchte. Die Bundesregierung wird getragen durch die Initiativen des Ministerpräsidenten als CSU-Vorsitzender und des Sozialministeriums. In den Verhandlungen werden entsprechende Positionen zum Ausdruck gebracht, nämlich was die Frage des Risikos bei Solo-Selbstständigen und generell bei Selbstständigen betrifft. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass die Selbstständigen nicht in ein bestimmtes Modell, aber wenigstens in eine Versicherungspflicht einbezogen werden sollten. Diese Überlegungen hat es schon einmal zur Zeit der letzten Bundesregierung gegeben. Die Klärung dieser Frage ist dringend erforderlich, weil es viele Fälle von Altersarmut gibt, die als Ursache eine Solo-Selbstständigkeit oder eine sonstige Selbstständigkeit haben.

Auf der anderen Seite wissen wir aber auch, dass neben den genannten Risiken die gesetzliche Rentenversicherung der zu sichernde Hauptposten der Alterssicherung ist, weil die solidarische Alterssicherung ein wesentlicher Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft, unseres Sozialstaates und vor allen Dingen des sozialen Friedens ist. Das muss dringend aufrechterhalten bleiben. Ich sage ganz klar: Die gesetzliche Renten-

versicherung hat sich als System bewährt. Diejenigen, die sie durch ein privates Sicherungssystem ersetzen wollten, sind jetzt aufgrund der nicht vorhandenen Zinsen in privaten Altersversorgungssystemen sehr ruhig geworden. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, dass wir neben der gesetzlichen Rente auch bei der betrieblichen Altersversorgung und bei der Riesterrente als zwei weitere Säulen eine Stärkung des Systems und eine Vermeidung von Altersarmut erreichen. Das Riester-System, wie es gegenwärtig ist, hat zu einem immer stärkeren Rückzug von Arbeitnehmern aus diesem System geführt. Das muss korrigiert werden, und dafür bedarf es entsprechender Zuschüsse.

Sie sehen: Diese differenzierte Diskussion macht es notwendig, hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Es reicht nicht, mit einem Satz zu sagen: Das Rentenniveau darf nicht weiter abgesenkt werden. Wir lehnen deshalb diesen Antrag ab.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Die nächste Rednerin ist die Kollegin Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Die Rente ist sicher", das war vor noch 30 Jahren eine Gewissheit,

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER))

heute ist es leider alles andere als eine Selbstverständlichkeit, da haben Sie recht, liebe Kollegen. Heute ist es nicht mehr sicher, dass nach einem langen Erwerbsleben, einem großen Engagement für die Erziehung von Kindern und vielleicht auch die Pflege von Angehörigen eine gute Rente steht, mit der man nicht nur gerade so über die Runden kommt oder Angst haben muss, dass der Monat noch lang ist und der Geldbeutel am Ende des Monats sehr eng wird. Die Rente muss die eigene Lebensleistung angemessen widerspiegeln und eine umfassende Teilhabe an der Gesellschaft ermöglichen. Ich denke, darüber sind wir uns hier im Hohen Haus fraktionsübergreifend einig.

Die Rente ist ein Thema, bei dem weder Schnellschüsse noch Populismus helfen, Herr Kollege. Umso wichtiger ist es für mich und für die SPD-Landtagsfraktion, für heutige Rentenbezieher, aber auch für die kommenden Generationen die Weichen klug zu stellen.

Lassen Sie uns bei diesem bundespolitischen Thema einmal kurz auf die Landesebene, auf Bayern blicken. In Bayern sieht es für viele Rentnerinnen und Rentner heute alles andere als rosig aus. Laut dem Sozialbericht der Staatsregierung ist Altersarmut auch in Bayern eines der drängendsten Probleme.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Der Frauen! Der Frauen!)

– Ich kann nur so schnell sprechen, wie ich spreche, das kommt schon noch. – 22,4 % der Senioren waren 2013 im Freistaat armutsgefährdet, bei den Frauen – liebe Kollegen, jetzt bin ich soweit – liegt der Anteil sogar bei über 25 %.

2,6 % der Bürger über 65 Jahren sind auf Grundsicherung angewiesen. 6,4 % der Rentnerinnen und Rentner in Bayern sind mit ihren 65 Jahren plus X als Minijobber am Arbeitsmarkt zu finden. Im bundesweiten Vergleich ist dieser Anteil überdurchschnittlich hoch, und es ist erschreckend, dass mehr als ein Drittel der Seniorinnen und Senioren sagen, sie bräuchten das, um den Lebensunterhalt zu bestreiten und um finanzielle Engpässe aus eigener Kraft stemmen zu können.

Was wir in Bayern benötigen, ist ein großer Fortschritt hin zu einer durchgehenden Erwerbsbiografie sowohl für Frauen als auch für Männer, damit erst gar niemand an den Punkt kommt, von Altersarmut betroffen zu sein. Das Wichtigste ist eine durchgängige Erwerbsbiografie, und dafür braucht es bessere und gleiche Bildungschancen von Anfang an, einen guten Übergang von Schule zu Beruf, zum Beispiel mit Hilfe von Jugendberufsagenturen, und Chancengerechtigkeit am Arbeitsmarkt. Es kann nicht sein, dass so wenige gut ausgebildete Frauen Karriere machen und viel zu viele Frauen in der Teilzeitfalle hängenbleiben.

Wichtig ist auch, die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen sowie die Frauen dazu zu bringen, selber für das Alter vorsorgen zu können. Die Durchsetzung des Mindestlohns ist sicherlich ein Schritt in die richtige Richtung, wenngleich wir uns sicher und im Klaren darüber sind, dass damit eine private Vorsorge noch nicht wirklich gut getroffen werden kann.

Die wichtigste Stellschraube ist und bleibt die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familienleben und Beruf mit ausreichenden Kita-Plätzen für alle Kinder mit bedarfsgerechten Öffnungszeiten, mit Initiativen für eine familiengerechte Arbeitswelt. Auch das gehört zur Rentendebatte. Nur so können Frauen und Männer gleichermaßen der Erwerbstätigkeit nachgehen und eine realistische Chance erhalten, gute Rentenansprüche zu erwerben. Hier muss der Freistaat – diese Thematik hatten wir schon oft – seinen Hausaufgaben noch nachkommen. Bei uns fehlen nach wie vor fast 20.000 Kita-Plätze, ganz zu schweigen von den bedarfsgerechten Öffnungszeiten. Der Familienpakt Bayern geht zwar in die richtige Richtung, aber das läuft sehr langsam an, und bei der Familienfreundlichkeit der Unternehmen ist ebenfalls noch Luft nach oben vorhanden.

Natürlich müssen wir auch einen Blick nach Berlin werfen. In der Großen Koalition wurde einiges erreicht. Beispiele dafür sind die Einführung der Möglichkeit, nach 45 Berufsjahren mit 63 Jahren in Rente zu gehen, oder erste Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die bereits umgesetzt wurden.

Wichtig ist für die Reform, die richtige Balance zwischen einer nachhaltigen Stabilisierung des Rentenniveaus und leistbaren Rentenbeitragssätzen zu finden; das haben Sie auch nicht wirklich betont. Wichtig ist uns ebenso, die junge Generation nicht über Gebühr zu belasten, sondern darauf zu achten, wo beispielsweise die Finanzierung unter anderem aus Steuergeldern geregelt werden muss.

Die Forderung der FREIEN WÄHLER nach einer Stabilisierung des Rentenniveaus und nach einem Kampf gegen die Altersarmut kann die SPD-Landtagsfraktion grund-

sätzlich unterstützen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei Ihrem Antrag springen Sie aber deutlich zu kurz. Das meinte ich eben auch ein wenig mit Populismus oder "nicht weit genug gedacht"; denn nur zu fordern reicht hierbei nicht aus. Sie greifen aus dieser komplexen Thematik einen Baustein heraus, und Ihr Konzept hinsichtlich Rentensicherung und -stabilisierung fehlt komplett.

Wir als Fraktion können heute ebenso wie im Ausschuss Ihren Forderungen nicht zustimmen, weil sie isoliert herausgegriffen werden. Momentan wird auf der Bundesebene im Hause Nahles ein Konzept erarbeitet. Daher wäre es klug, den gesamten Strauß von Maßnahmen zu betrachten, anstatt sich jetzt nur mit diesem einen Detail zu befassen. Wie gesagt, grundsätzlich liegen Sie aber nicht falsch.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Herr Dr. Fahn zu einer Zwischenbemerkung.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herzlichen Dank für das, was Sie gesprochen haben. Sie sagten auch, grundsätzlich stimmten Sie dieser Forderung von uns zu. Diese haben wir übrigens bewusst so gestellt – das möchte ich klar sagen –, weil das für uns die wichtigste Forderung ist. Es gibt allerdings noch mehrere, die Sie in unserer Antragsbegründung finden.

Sie sind bei der SPD, ebenso wie die Bundesarbeitsministerin. Sie spricht immer von roten Linien, dieser Haltelinie beim Rentenniveau. Ich habe schon überall nachgesehen – wo ist diese Haltelinie, diese rote Linie? Könnten Sie dazu vielleicht ein paar Erläuterungen geben? Mich würde das sehr interessieren. Wo ist diese rote Linie?

Doris Rauscher (SPD): Eine rote Linie haben auch Sie aufgeführt, nämlich die Absenkung des Rentenniveaus. Dabei muss man berücksichtigen, wie hoch die Rentenbeiträge dann gehen. Sie greifen auch in der Überschrift Ihres Antrags nur diesen einen Teil heraus und unterschätzen – da sind wir uns, denke ich, einig –, dass das

Thema Rente ein sehr sensibles und ein wahnsinnig großes Thema ist. Wir können keine Rentenpolitik von Landesebene aus machen, das muss man ebenfalls betonen.

Ich denke, es ist nur vernünftig zu sagen: Stimmt, das ist eine rote Linie. Wir wollen uns aber nicht darauf reduzieren lassen und bei diesem großen Thema ein Konzept wie einen Flickenteppich entwickeln, bei dem alle paar Wochen eine Reihe dazu kommt, um am Ende hoffentlich ein Gesamtkunstwerk der Rentenpolitik vorlegen zu können. Es ist nicht unsere Art, bei solchen großen Themen politisch so vorzugehen. Deswegen haben wir bereits im Fachausschuss dafür plädiert, den Antrag zurückzustellen und dann in eine fundierte Debatte einzusteigen, wenn ein Konzept vorliegt. Das ist aber nicht der Fall, und deswegen halten wir den Antrag heute nicht für beschließbar bzw. müssen ihn ablehnen. Mit einem blinden Auge Rentenpolitik zu machen, ist nicht zielführend, Herr Kollege.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Die nächste Rednerin ist Frau Celina.

Kerstin Celina (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Fahn, sehr geehrte Kollegen! Sie haben mich schon damit überrascht, dass Sie diesen Antrag nochmal ins Plenum gezogen haben; denn der Antrag ist hier im Plenum genauso dünn, wie er schon im Ausschuss war.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Gehring (GRÜNE))

Sie haben in diesem Antrag eine Forderung aufgestellt und einige Zahlen in der Begründung genannt. Aber Sie haben das Thema nicht annähernd umfänglich betrachtet. Das ist vielleicht auch gar nicht unsere Aufgabe, weil es ein Bundesthema ist. Das Thema selbst ist zwar wichtig, aber der Antrag ist alles andere als dringlich.

Sie nennen in der Begründung ein paar Zahlen, stellen aber nicht dar, warum diese eine Maßnahme die Lösung für das Rentenproblem sein soll. Heute ist Armut im Alter

durch die verschiedensten Gründe bedingt; meine Vorrednerin hat einiges aufgezählt. Sie kommt über Teilzeitarbeit, über unterbrochene Erwerbsbiografien, darüber, dass Frauen zwar ihr Leben lang Arbeit hatten, aber kein sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis. Es gibt die verschiedensten Gründe dafür, dass Menschen im Alter arm sind, und es gibt die verschiedensten Möglichkeiten, das aufzugreifen und dagegen neue Rezepte zu entwickeln. Wir müssen uns mit dem Thema beschäftigen. Aber wir sollten nicht nur betrachten, wie wir die jetzige Einkommenslücke mancher Rentner behandeln sollten, sondern wir müssen auch gucken, was mit den Rentnern passiert, die in Zukunft arm sein werden. Heute ist Altersarmut weiblich; in Zukunft wird Altersarmut die Freiberufler betreffen, diejenigen, die heute jung und kaum versichert sind: die Journalisten, die Freelancer, die Leute, die im Internet arbeiten. Jetzt ein Konzept zu erarbeiten oder eine kurzfristige Maßnahme, die wirklich nur einen kleinen Teilbereich betrifft, nämlich die Leute, die jetzt gerade unter einer geringen Rente leiden, greift viel, viel zu kurz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben in Ihrem Antrag kein einziges Wort über die Kosten gesagt, nichts darüber, wer die Kosten schultern soll. Sollen die denn die jungen Leute alleine tragen, allein die Arbeitnehmer? Sollen es die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sein? Ist vielleicht eine Grundrente eine Alternative? Woher kommen denn die hohen Kosten im Alter? Ich glaube, wir sollten auch betrachten, wie die Gesundheitsversorgung für Menschen im Alter aussieht. Auch da kommen viele Kosten zu den Lebenshaltungskosten der Älteren hinzu, die sie von ihrer Rente nicht bestreiten können. Wären wir in der Lage, Medikamentenzuzahlungen zu reduzieren, wären wir in der Lage, Krankheitskosten für die Älteren über die Solidargemeinschaft aufzufangen, wäre viel erreicht, um den Rentnern ein auskömmliches Leben mit ihrer Rente zu ermöglichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage es jetzt nochmal kurz: Sie haben mit Ihrem Antrag eine lapidare Forderung eingeworfen. Sie haben sie lapidar begründet, und das können wir nur lapidar ablehnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. – Nun hat der Herr Staatssekretär Hintersberger ums Wort gebeten.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist gut, dass wir uns über diese Thematik unterhalten. Sicherung im Alter ist ein Thema, das uns alle massiv berührt, aber, liebe Kollegen von den FREIEN WÄHLERN, nicht so! Sie machen es sich hier viel zu leicht. Sie reden über ein komplexes Thema viel zu kurz, machen den Menschen hier möglicherweise auch etwas vor und sind, wenn Sie sich auf diese eine Schiene begeben, auch kontraproduktiv, was die Konsequenzen im Bereich der Beitragsentwicklung, möglicherweise auch der Lohnnebenkosten betrifft.

Meine Damen und Herren, um was geht es? Wir haben eine Säule, in der Tat die wichtigste Säule, die Wirbelsäule, nämlich die gesetzliche Rentenversicherung. Wir haben hier heute ein Rentenniveau von rund 48 % bei einem Beitragssatz von 18,7 %. Sie kennen diese Zahlen; diese gilt es möglichst stabil zu halten. Dies ist für die meisten Menschen wirklich der größte Eckstein ihrer Alterssicherung.

Daneben gibt es weitere Säulen, zunächst einmal die private Vorsorge, bei der es in der Tat Nachbesserungen geben muss, nicht zuletzt beispielsweise bei der Erhöhung oder Dynamisierung der Zulagen bei Riester. Eine weitere Säule ist die betriebliche Altersvorsorge; auch hier gibt es Luft nach oben. Etwa 60 % der Menschen haben heute eine Anwartschaft auf eine betriebliche Altersversorgung. Auch hier müssen die Rahmenbedingungen dementsprechend deutlich angepasst und verbessert werden, gerade für die kleinen und mittelständischen Betriebe.

Ein entscheidender Punkt ist in der Tat, dass armutsgefährdeten Zielgruppen wie Müttern und Erwerbsgeminderten noch im nächsten Jahr mit einer entsprechenden Änderung positiv begegnet werden kann. Hier ist durch die Initiative der Staatsregierung, des Bayerischen Ministerpräsidenten, möglicherweise sogar noch in dieser Woche in der Spitze der Koalition ein Durchbruch zu erzielen. Ich bitte Sie um Unterstützung – Kollege Unterländer hat es deutlich angesprochen –, wenn wir vor dem Hintergrund der besonderen Armutsgefährdung von Frauen handeln. Das sind die Mütter der Kinder, die vor 1992 geboren worden sind. Von daher ist es ganz entscheidend, dass wir sagen: Wir wollen die Anrechnung der drei Kindererziehungsjahre auch für die Mütter von Kindern, die vor 1992 geboren worden sind – nicht nur, um der Gerechtigkeit Genüge zu tun, sondern auch, um der Armutsgefährdung vorzubeugen. Das Gleiche gilt für die deutliche Verbesserung für die Erwerbsgeminderten.

Ein wichtiger Punkt ist auch der Grundsatz: Rente ist keine Alimentierung durch den Staat. Rente ist nach dem Äquivalenzprinzip eine leistungsbezogene Leistung, die sich die Menschen in den Jahren, in denen sie gearbeitet haben, verdient haben. Auch dies ist eine wichtige Grundlage für unsere Überzeugung, wie die Rentenkonzeption weiter langfristig belastbar entwickelt werden kann.

Ferner ist gesagt worden: Wir haben nicht zuletzt aufgrund der ausgesprochen soliden konjunkturellen, wirtschaftlichen Situation für die nächsten fünf, sechs Jahre eine stabile Situation sowohl des Rentenniveaus wie auch der Beiträge. Diese Dinge gehören zusammen. Von daher ist es richtig, wenn der Ministerpräsident von einer doppelten Haltelinie gesprochen hat und davon, dass es gilt, nicht auf einem Auge blind zu sein. Frau Kollegin Rauscher, ich möchte eindeutig unterstreichen, was Sie gesagt haben. Hier wird man diesem komplexen System für die Menschen nicht gerecht. Von daher gilt es, sowohl das Rentenniveau, diese Wirbelsäule, als auch den Beitragssatz im Blick zu haben.

Warum, meine Damen und Herren? – Eine Erhöhung des Beitragssatzes bedeutet konsequenterweise eine Erhöhung der Lohnnebenkosten. Wenn ich den Beitragssatz

außer Acht lasse, schießen die Lohnnebenkosten durch die Decke mit der Konsequenz, dass die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen und damit Arbeitsplätze gefährdet werden. Dies kann in keiner Weise der Sinn oder die Perspektive in dieser gesamten Diskussion mit dem Ziel sein, unsere Renten sicher zu machen. Von daher gilt es, das deutsche Rentensystem mit den vier großen Stellschrauben insgesamt zu sehen, nämlich den Beitragssatz, bei dem die Lohnnebenkosten im Hinterkopf zu behalten sind, das Rentenniveau, das Renteneintrittsalter und den Bundeszuschuss, und dies mit den drei Säulen.

Ich möchte noch dazu nehmen, was sich hier im Rahmen der Digitalisierung entwickelt. Die Solo-Selbstständigen, die Crowdworker, die Freelancer oder wie immer diese Berufsgruppen heißen, sie sollen bei ihrer freien Entscheidung bleiben können, aber doch in ihrem ureigensten Interesse in die Sozialversicherungssysteme eingebunden werden. Dies muss als wichtiger Eckpunkt natürlich in eine neue Rentenkonzeption mit hinein.

Ein weiterer Aspekt, der nicht direkt und eng mit der Rentenkonzeption zusammenhängt, aber insgesamt für die Alterssicherung einen ganz wichtigen Eckpunkt darstellt, ist die besondere Förderung der Bildung von Wohneigentum. Das ist auch in unserem Steuerkonzept festgelegt. Meine Damen und Herren, auch dieser Aspekt darf nicht vergessen werden. Wir haben deshalb zum Beispiel auch das sogenannte Baukindergeld vorgesehen; nennen Sie es, wie Sie wollen. Damit erfolgt für zehn Jahre eine Förderung mit jährlich 1.200 Euro pro Kind. Damit werden junge Familien mit Kindern klar gefördert. Das kommt aber auch Menschen zugute, die im Alter in den eigenen vier Wänden leben wollen, wie auch immer diese aussehen. Das ist für sie eine wichtige Säule der Alterssicherung.

Meine Damen und Herren, daher schließe ich mich den Vorrednern an. Mit diesem Antrag springen Sie, gelinde gesagt, viel zu kurz. Er wird dem komplexen Auftrag, den wir verantwortlich erfüllen müssen, in keiner Weise gerecht. Ich plädiere deshalb für die Ablehnung dieses Antrags.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Bitte bleiben Sie noch hier. Dr. Fahn hat eine Zwischenbemerkung.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Staatssekretär, Sie sagen, der Antrag sei zu kurz gesprungen. Mein Kollege Nikolaus Kraus hat sich in einer schönen Anfrage zum Plenum nach dem Konzept der Staatsregierung bei diesem Thema erkundigt. Dazu wurden drei Säulen erläutert.

Erstens. In der gesetzlichen Rente muss schnell und zielgenau gehandelt werden, vor allem im Hinblick auf Mütter.

Zweitens. Ein Absinken des Rentenniveaus ist nur hinnehmbar, wenn die beiden anderen Säulen es auffangen können.

Das dritte Standbein des Konzepts der Staatsregierung, das in der Antwort auf die Anfrage vom 26. Oktober ausgeführt wurde, zielt darauf, dass die private Vorsorge attraktiver gemacht wird, und zwar so, dass auch Menschen mit geringem Einkommen für das Alter vorsorgen.

Diese drei Punkte sieht die Staatsregierung vor. Auch wir sagen, vor allem im Hinblick auf den dritten Punkt: zu kurz gesprungen, Herr Staatssekretär; denn gerade Menschen mit niedrigem Einkommen, insbesondere Frauen und Alleinerziehende, bekommen dann riesige Probleme. Wir haben diesen Antrag übrigens deshalb hochgezogen, weil uns diese drei Antworten der Staatsregierung etwas dünn vorkamen.

Staatssekretär Johannes Hintersberger (Sozialministerium): Ich denke, die Fragen wurden vorher deutlich beantwortet. Ich muss hier nicht noch einmal eingreifen. Wie ich vorhin ausgeführt habe, sind im Verbund mit der steuerlichen Konzeption drei Aspekte wichtig. Es gibt nicht nur eine Säule, sondern drei Säulen. Nicht nur ein Aspekt, sondern auch die Beitragssituation muss berücksichtigt werden, sonst kommt man genau in die gegenteilige Situation, Herr Kollege Fahn. Sie gehen mit keinem Wort da-

rauf ein, dass sich bei einer Erhöhung der Beiträge automatisch auch die Lohnnebenkosten massiv erhöhen. Als Konsequenz wird die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen massiv gefährdet sein. Dann werden der Arbeitsmarkt bzw. die Arbeitsplätze in Mitleidenschaft gezogen. Dies kann und darf nicht unsere Zielsetzung sein, auch vor dem Hintergrund der Tatsache, dass wir unsere Wirbelsäule der gesetzlichen Rentenversicherung irgendwie massiv stabilisieren müssen. Das geht nur, wenn die wirtschaftliche und konjunkturelle Situation möglichst so stabil und robust bleibt, wie wir sie in den letzten Jahren erlebt haben.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die SPD-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.